

**Erklärung der Kultusministerkonferenz**  
**gegen die Überspezialisierung in der dualen Berufsausbildung**  
(Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 28.02.2007)

Umfassend ausgebildete Fach- und Führungskräfte stärken und sichern die Innovationskraft und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, Wachstum und Wohlstand. Eine umfassende Ausbildung zeichnet sich durch eine hohe fachliche Qualifikation aus. Sie vermittelt darüber hinaus die Voraussetzungen, um auf Veränderungen der Geschäfts- und Arbeitsprozesse des Betriebes flexibel reagieren und auf dem Arbeitsmarkt durch Mobilität agieren zu können. Diese Anforderungen hat nach Auffassung der Kultusministerkonferenz ein Berufskonzept zu erfüllen.

Die Kultusministerkonferenz stellt jedoch fest, dass zunehmend Ausbildungsberufe geschaffen werden, die nicht mehr die erforderlichen fachlichen Grundlagen und die entsprechende Breite in der Qualifikation für Mobilität und Flexibilität vermitteln. So wurden bei den über 140 Neuordnungen seit dem Jahr 2000 überwiegend Berufe gestaltet, in denen eine nur relativ eng angelegte berufliche Handlungsfähigkeit erreicht wird, die vielfach nur an wenigen Standorten benötigt wird.

Immer mehr Betriebe knüpfen ihre Ausbildungsbereitschaft an die Ordnung eines neuen Berufes, der möglichst differenziert und eng auf ihre aktuellen Bedürfnisse ausgerichtet sein soll. Im Vorfeld der Neuordnung vielfach versprochene zusätzliche Ausbildungsplätze bleiben jedoch aus. Viele dieser neuen Berufe sind aus bestehenden Querschnittsberufen herausgebrochen. Die Folge ist, dass lediglich bereits vorhandene Ausbildungsplätze durch solche in neu geschaffenen Berufen ersetzt werden. Die erwartete Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots lässt sich nicht feststellen. Die Neuordnungsverfahren in der dualen Berufsausbildung haben in den letzten Jahren zu einer Vielzahl sogenannter "Splitterberufe" geführt, bei denen die Anzahl der Auszubildenden häufig bundesweit unter 100 liegt.

Die Kultusministerkonferenz hat daher bereits in ihrem "Forderungskatalog zur Sicherung der Berufsausbildung und Qualifizierung junger Menschen sowie zur effektiven Nutzung aller Ressourcen in der Berufsausbildung" von 2003 auf ein Umdenken bei der Neuordnung von Ausbildungsberufen gedrängt. Auch die Tatsache, dass ca. 45 % der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen 4 - 5 Jahren nach der Berufsausbildung nicht mehr in ihrem ursprünglich erlernten oder einem ihrer Ausbildung affinen Beruf arbeiten, spricht für eine breiter angelegte Ausbildung mit hoher Polyvalenz.

Die hohe Spezialisierung in der Ausbildung führt auch dazu, dass der Unterricht in Fachklassen der Berufsschule in immer mehr Berufen nur noch durch die Organisation in Bezirks-, Landes- oder Fachklassen an Standorten mit länderübergreifendem Einzugsbereich erteilt werden kann. Die von den Betrieben und Auszubildenden gewünschte wohnort- oder betriebsnahe Beschulung ist in vielen Berufen nicht mehr möglich. Allein die Liste der Berufe, für die auf der Ebene der Kultusministerkonferenz länderübergreifend der Berufsschulunterricht in Fachklassen organisiert wird, umfasst mehr als 200 der zur Zeit 350 anerkannten Ausbildungsberufe.

Als Folge der Spezialisierung birgt diese Entwicklung nicht nur für die Berufsschulen immer größere organisatorische Herausforderungen, sondern sie bildet auch ein Ausbildungshemmnis für viele Betriebe. Das Ziel, durch neue sogenannte "passgenaue" Ausbildungsberufe zusätzliche Ausbildungsplätze zu gewinnen, wird konterkariert. Die Umsetzung eines Qualitätskriteriums in der dualen Berufsausbildung, die Lernortkooperation, d. h. eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen Betrieb und Schule, wird nahezu unmöglich.

Um die Zukunft der dualen Berufsausbildung zu sichern, hält die Kultusministerkonferenz an ihrem Beschluss vom 04.12.2003 fest und fordert von der Bundesregierung und den Spitzenorganisationen der Wirtschaft,

- die Überspezialisierung der Ausbildungsberufe zu stoppen und bei den Neuordnungsverfahren ein Berufskonzept von breit angelegten gemeinsamen Kern- und grundlegenden Fachqualifikationen zu Grunde zu legen.
- die Initiierung neuer und die Spezialisierung bestehender Ausbildungsberufe von einer realistisch zu erwartenden Mindestzahl von Auszubildenden abhängig zu machen.

Die Kultusministerinnen und -minister sowie -senatorinnen und -senatoren appellieren an die Bundesregierung und die Spitzenorganisationen der Wirtschaft, gemeinsam Anstrengungen zu dieser berufsbildungs-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch begründeten Weichenstellung bei der Neuordnung von Ausbildungsberufen zu unternehmen.